



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 83

Fernschreiber 0886390

SPD/XIII/50 - 1. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1a	Von der Montan-Union zum Gemeinsamen Markt Die neue Europäische Versammlung - Sozialpolitische Aktivität der Sozialisten	83
2 - 3	Technische Hilfe in Zentralafrika Moskau und Washington im Wettlauf	63
5	Nessen schlägt eine Bresche Eine bemerkenswerte Stimme der "Allgemeinen Lehrerzeitung"	50
7	Bankrott und Korruption im Königreich Laoros Der Gemeinderat von Neapel aufgelöst	64

* * * * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe eine Re-
portage, "Unsere Verbündeten sind teuer", Bericht von ei-
ner Reise in das Stationierungsgebiet der französischen
NATO-Truppen in der Bundesrepublik (zwei Teile).

* * * * *

Von der Montan-Union zum Gemeinsamen Markt

ht.- In der dritten Märzwoche tritt die neue, aus den drei Exekutiven Hohe Behörde der Montan-Union, Atomkommission und Kommission des Gemeinsamen Marktes bestehende Europäische Parlamentarische Versammlung im Strassburger Europahaus zusammen. Die Hohe Behörde mit ihrem neuen Präsidenten und alten Gewerkschafter Paul Finet an der Spitze setzte in der ablaufenden Woche in Strassburg den Schlusspunkt hinter ihrer Arbeit in den letzten fünf Jahren, der sogenannten "Übergangsperiode" der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und entwarf gleichzeitig in einer Art von Regierungserklärung Pläne für die künftige Tätigkeit in der neuen Europäischen Versammlung. Mit Recht sieht Finet in der Tatsache, dass der Montan-Union nun neue grosse Wirtschaftsexekutiven beigegeben werden, einen bedeutenden Fortschritt.

Die Wahl Finets zum Präsidenten bietet insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik günstigere Aussichten, als sie in den vergangenen Jahren bestanden. In engstem Zusammenhang damit steht natürlich - als Vorbedingung für die künftige freiere Arbeit der sozialistischen Gruppe - der jetzt von Dr. Gerhard Kreysig (SPD) erstattete Bericht der Arbeitsgruppe, die sich mit der Revision des Montan-Vertrages beschäftigt. Ohne diese Revision, die erst jetzt nach fünf Jahren vertraglich möglich wird, werden die sozialpolitischen Ziele nicht vorangetrieben werden können, weil der Montan-Vertrag bisher zu wenig Handhaben dafür bot. Der Sprecher der deutschen CDU verlangte zwar, die Entscheidung über Vertragsänderungen müssten der neuen Versammlung vorbehalten bleiben, aber an gewissen Änderungen wird man, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik, keinesfalls herumkommen, auch wenn das der CDU vielleicht nicht behagt.

Der Bericht Dr. Kreysigs spricht sich chrodis gegen eine allzu weitgehende Revision aus; die Vorschläge beziehen sich in sozialpolitischer Hinsicht unter anderem auf Vorschriften zur Vereinfachung des Problems der Finanzierung des Arbeiter-Wohnungsbaues und der Wanderarbeiter sowie der Fortführung der Anpassung. Die sozialistische Gruppe bejahte diese Vorschläge zur Vertragsrevision als Mindestforderungen, hält aber auch die Verwirklichung nachstehender Vorschläge für notwendig.

1. Zur Zeit sind die Möglichkeiten der Hohen Behörde, die Investitionspolitik der Unternehmen der Montan-Industrie, zumindest durch ihre Stellungnahmen zu beeinflussen und zu steuern, durch die Bestimmungen des Art. 54 sehr eng begrenzt. Dieser Artikel sollte in dem Sinne abgeändert werden, dass Stellungnahmen der Hohen Behörde zu den Investitionsprogrammen der Unternehmen, die als "Entscheidungen im Sinne des Art. 14" gelten, auch dann "in allen ihren Teilen verbindlich" sind, wenn die Unternehmen eigene Mittel zur Durchführung dieser Programme verwenden.

2. Die Ausführungen des Berichtes der Arbeitsgruppe über die Abänderung der Art. 65 und 66 werden von der sozialpolitischen Fraktion als unzulänglich erachtet. - Sofern Kartelle und marktbeherrschende Unternehmen vorhanden sind, liegt ihrer Ansicht nach ein öffentliches Interesse vor und es muss eine ausreichende Kontrolle der Hohen Behörde sichergestellt sein. Der Vertrag gibt der Hohen Behörde bereits die Befugnis, bei Missbrauch einer wirtschaftlichen Machtstellung kartellartige Organisationen aufzulösen. Als neues Element sollte hier hinzugefügt werden, dass die Hohe Behörde die Befugnis erhält, die von ihr aufgelösten Körperschaften zu ersetzen.
3. Art. 18 des Vertrages sollte in dem Sinne abgeändert werden, um sicherzustellen, dass die Gruppe "Verbraucher" des Beratenden Ausschusses nicht letzten Endes praktisch aus Vertretern der Erzeuger und der Erzeugerabhängigen besteht.

Dr. Heinrich Deist hatte im Verlauf der Tagung die Hohe Behörde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass in Deutschland und Belgien die Halbenbestände an Kohlen auf je etwa 2 Millionen Tonnen angestiegen seien, was dazu geführt habe, dass Peilerschichten eingelegt werden mussten. Ein Vertreter der Hohen Behörde antwortete, dass dieses Problem später gesondert behandelt werden solle. Starkes Interesse der Versammlung fand auch der Bericht des holländischen Sozialisten Nederhorst, der sich im Namen des Ausschusses für Sozialpolitik über die Entwicklung der Löhne und die Lohnpolitik in den Industrien der Gemeinschaft beschäftigte.

Der Abgeordnete Willi Birkelbach ergänzte den Bericht von Nederhorst in mehrfacher Hinsicht. Es war das erste Mal, dass die Lohnverhältnisse in den Ländern der Gemeinschaft so ausführlich behandelt wurden. Birkelbach stimmte dem Vorschlag Nederhorsts zu, in absehbarer Zeit eine Konferenz von Vertretern der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften und der Regierungen einzuberufen, die eine grössere Einheitlichkeit in der Lohnpolitik herstellen soll.

Nach den ersten fünf Jahren einer langsam angelaufenen ^{west-}europäischen Integration kann die Montan-Union als ihre bisher einzige Exekutive unter den gegebenen Möglichkeiten mit Genugtuung auf das Erreichte zurückblicken. Hieran wird dabei bestreiten können, dass es in erster Linie die sozialistische Gruppe des Montan-Parlaments war, die dank ihrer ständigen Aktivität die Integration auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik vorangetrieben hat, und es ist kein Zufall, dass die sozialistische Gruppe im Laufe der Jahre in der Mehrzahl der wichtigen Ausschüsse des Montan-Parlaments einen massgebenden Einfluss erlangt hat. Es wird ihr Bestreben sein, die Bemühungen um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in allen sechs Ländern zu verstärken.

Technische Hilfe in Zentralafrika

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Sowjet-Russland leistet den afrikanischen und asiatischen Staaten eine überraschend grosse technische Hilfe, die in den Vereinigten Staaten mehr noch als in Europa eine neue Unruhe auslöste. In den letzten dreieinhalb Jahren gab der Ostblock den jungen Ländern für acht Milliarden DM wirtschaftliche Hilfe. Ein grosser Teil dieses Betrages wurde für die militärische Unterstützung dieser Länder verwertet. Aber ein grösserer Anteil kam doch dem wirtschaftlichen Aufbau zugute.

Die UdSSR verbindet theoretisch keine politischen Bedingungen mit diesen wirtschaftlichen Unterstützungen. Es geht ihr auch vorerst mehr darum, die selbständigen Länder in Afrika und Asien politisch zu neutralisieren. In den Verhandlungen mit diesen Ländern macht sich allerdings sehr oft die russische Unerfahrenheit in der tropischen Wirtschaft bemerkbar. Russland sieht sich zum Beispiel in Ägypten und in Ghana vor Anforderungen gestellt, die es zwar aus propagandistischen Gründen gerne meistern möchte, die aber die technischen und wirtschaftlichen Kräfte der Sowjets - einstweilen noch - überfordern.

Mit Aufmerksamkeit sind die russischen Anstrengungen in den USA verfolgt worden. Die Zeitung "New York Herald Tribune" warnte davor, die jungen Länder nur mit Erklärungen und Reden zu beschwichtigen. Andererseits könnte die amerikanische Hilfeleistung aber auch Gefahr laufen, als Antwort auf die russischen Unternehmungen verstanden zu werden und damit zu einem unproduktiven Wettlauf zwischen den beiden Weltmächten zu führen.

In Europa hat der Gedanke einer überstaatlich organisierten technischen Hilfe Gestalt angenommen. 1950 war die "Kommission der technischen Zusammenarbeit in den afrikanischen Gebieten südlich der Sahara" mit dem Sitz in London gegründet worden. Sie umfasste zunächst nur die Kolonialmächte Frankreich, Grossbritannien, Belgien, Portugal und als einzige "Nicht-Kolonial-Macht" die Südafrikanische Union. Im Laufe der letzten acht Jahre wurde diese Kommission durch den Beitritt der halbautonomen Föderation Rhodesien-Nyassaaland und der beiden unabhängigen Staaten Liberia und Ghana erweitert. Bisher führte diese Organisation rund 50 technische Lehrgänge in Afrika durch.

1. März 1958

Inzwischen erwies sich für die Mitglied-Staaten die Notwendigkeit, eine multilaterale technische Hilfe zu organisieren. Der enorme Mangel von technischem Fachpersonal soll bis zu gewissen Graden ausgeglichen werden, indem zum Beispiel Spezialisten der Agrar-Genossenschaften von Belgisch-Kongo nach Liberia entsandt werden können. Die Organisation ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Länder, die Spezialisten anbieten können, mit den nachfragenden Staaten zu verbinden. Die Verträge zwischen den Interessenten sollen dann direkt und durch Einflussnahme der Kommission geschlossen werden, um eine Unabhängigkeit zu garantieren. Es fragt sich aber, ob die in der Theorie anzuerkennenden Pläne auch praktischen Erfolg haben werden, denn die Nachfrage wird auch nach dem multilateralen Austausch noch unvergleichlich höher als das Angebot von technischen Fachkräften bleiben. Politisch dominieren werden auch dann noch die Länder, die die meisten Spezialisten anbieten können.

Im Februar 1958 fand in Accra (Ghana) eine Tagung der "Kommission der technischen Zusammenarbeit in den afrikanischen Gebieten südlich der Sahara" statt, zu der auch Äthiopien, Somaliland und der Sudan eingeladen wurden. Die Organisation soll allen Ländern Zentralafrikas offen stehen, wie auch den Ländern, die ein Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas haben. Man hofft auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, den Niederlanden, Italien, Kanada und vielleicht auch der Vereinigten Staaten.

Die Organisation erwartet, auf diese Weise ein Gegengewicht zur russischen Initiative schaffen zu können. Kasaland hat in den ersten sechs Monaten des Jahres 1957 insgesamt 2 000 technische Spezialisten in 19 unterentwickelte Länder schicken können. Der Westen wird allerdings in absehbarer Zeit kaum solche Erfolge erleben können, denn er hat - verglichen mit Sowjet-Russland - in den letzten Jahren die Ausbildung von technischen Fachkräften viel zu sehr vernachlässigt.

+ + +

Hessen schlägt eine Bresche!

Der "Allgemeinen Lehrerzeitung" entnehmen wir nachstehende Ausführungen:

Das Land Hessen hat sich mit der Verabschiedung des Landesbesoldungsgesetzes im Landtag am 18. Dezember 1957 mit einem neuen Besoldungsrecht an die Spitze der deutschen Länder gestellt! Diese Feststellung gilt ohne jeden Zweifel und ohne jede Einschränkung für die Einordnung der Lehrerschaft in das Landesbesoldungsgesetz: Hier - in einem nicht nur beamtenpolitisch, sondern vor allem auch kulturpolitisch entscheidenden Bereich - hat das Land Hessen eine Bresche geschlagen, durch die ihm - so möchten wir hoffen - noch zahlreiche andere Bundesländer folgen möchten.

Es gab allerlei Widerstand zu überwinden, bis dieser gute Anfang gesetzt werden konnte: Da waren die Bedenken des Finanzministers - vorgetragen noch einmal unmittelbar vor der Verabschiedung des Gesetzes und gestützt auf die nicht gerade rosige finanzielle Lage des Landes. Da waren vor allem auch die Einwendungen anderer Beamtengruppen - und die aus einer rein konservativen Einstellung heraus einfach kein Gefühl dafür besitzen, dass in einzelnen Bereichen der Beamtenschaft Vorbildung, Ausbildung und Verantwortung eine derart tiefgreifende Wandlung durchgemacht haben, die endlich einmal ihren Niederschlag im Besoldungsrecht finden musste.

Umso eindrucksvoller muss das eindeutige und einhellige Bekenntnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Gewerkschaften erscheinen, die schon seit langem klar erkannt hatten, wie sehr die Zukunft einer umfassenden und breit angelegten Volksschullehrerschaft zusammenhängt. Und es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass es neben den Bemühungen des führenden hessischen Lehrerverbandes selbst - der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - vor allem dieses Einsatzes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Verständnis der Mehrheit des Hessischen Landtags zu danken ist, dass diese günstige Regelung zustande kam.

Hessen hat im grossen und ganzen für die Lehrerschaft das durchgeführte, was im Interesse der Schule seit langem gefordert worden war, nämlich die Anhebung der Volksschullehrerschaft auf rund 80 % der Gehaltsätze der Studienräte! Mit diesem Schritt hat der Landtag bewiesen, dass er sich der ganzen Schwere der kultur- und schulpolitischen Entscheidung bewusst war, die hier von ihm verlangt wurde.

Wir sind überzeugt, dass auf dem Wege zur Gewinnung eines guten Lehrenachwuchses im Land Hessen das neue Landesbesoldungsgesetz einen entscheidenden Markstein darstellt. Wir wissen aber auch, dass mit der wirtschaftlichen Besserung der Situation der Lehrerschaft noch nicht alles getan ist, was im Interesse der heranwachsenden Jugend zu geschehen hat. Wir möchten aber annehmen, dass der hessische Landtag sich bei der nun bevorstehenden Beratung und Behandlung des Lehrerbildungsgesetzes von dem gleichen Geiste tragen lässt wie bei der jetzt erfolgten Einordnung der Lehrerschaft in das Besoldungsgesetz.

Wenn dann noch dieser zweite Vorstoss in Neuland - der Durchstoss zur vollakademischen Ausbildung aller Lehrkräfte - vollzogen sein wird, dann darf das Land Hessen wohl mit Fug und Recht von sich behaupten, dass es im Bereich der Schulpolitik mit an der Spitze aller Bundesländer liegt!

Bankerott und Korruption in Königreich Lauro

F.E. - Rom

Als sich vor nicht allzulanger Zeit die italienischen Monarchisten in zwei einander heftig befehdende Parteien aufspalteten, hatte es zunächst durchaus den Anschein, als sei der Führer der einen dieser beiden Fraktionen, der neapolitanische Grossreeder und Multimilliardär Achille Lauro, sehr geneigt, mit der Democrazia Cristiana zusammenzugehen. Seitdem aber ist Lauro, insbesondere aufgrund beachtlicher Erfolge bei den letzten Gemeindewahlen, immer arroganter geworden. Die Beziehungen zwischen ihm und der christlich-demokratischen Parteileitung verschlechterten sich unaufhaltsam, nicht zuletzt darum, weil der Stimmenzuwachs, den Lauro vor allem in Süd- und Inselitalien erzielen konnte, ausschliesslich auf Kosten der Democrazia Cristiana ging, die daher heute in Lauro einen ernstzunehmenden, ja gefährlichen Rivalen erblicker muss.

Die christlich-demokratische Minderheitsregierung Zoli, die seit dem Sommer des vergangenen Jahres in Amt ist, hat es unter diesen Umständen immer schwerer gehabt, mit den Lauro-Monarchisten auszukommen, wo hingegen die zweite, unter der Führung von Covelli stehende monarchistische Gruppe mehrfach für die Regierung gestimmt und diese damit sogar vor dem Sturz gerettet hat.

Aus der Spannung und Rivalität zwischen der Democrazia Cristiana und Achille Lauro dürfte sich weitgehend der sensationelle, vor einigen Tagen erfolgte Schritt der Regierung Zoli erklären, den monarchistischen Gemeinderat von Neapel aufzulösen. Auf Antrag des Innenministers Tambro- ni machte Staatspräsident Gronchi von einem ihm verfassungsmässig zustehenden Recht Gebrauch, entthob durch Dekret den Bürgermeister und die gesamte Stadtverwaltung Neapels ihrer Funktionen und setzte einen Regierungskommissar ein, der bis zur Durchführung von Neuwahlen alle Gemeindegeschäfte wahrzunehmen hat.

Die Massnahme ist nicht ganz unerwartet gekommen, hat aber doch insofern überrascht, als man vielfach nicht daran geglaubt hat, dass die Regierung in dieser Sache bis zum Äussersten gehen würde. Schon vor einigen Wochen hatte Innenminister Tambro- ni in offener Parlamentssitzung eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gegen den damaligen Bürgermeister von Neapel Lauro und seine als Stadträte fungierenden Parteifreunde erhoben und sie einer skandalösen, bis zum Bankerott führenden finanziellen Miss-

Wirtschaft, der Vergeudung öffentlicher Mittel, der Korruption und des Wahlschwindels bezichtigt.

Lauro hatte auf diese Beschuldigungen in seiner hochfahrenden, reichlich unsachlichen Weise geantwortet und alle Behauptungen des Innenministers als tendenziöse Wahlpropaganda-Lügen abgetan. Freilich war er dann wenige Tage später von dem Amt des Bürgermeisters zurückgetreten, doch angeblich nur, um als Kandidat für die kommenden Senatswahlen auftreten zu können. Die vom Staatspräsidenten verfügte Amtsenthebung des Bürgermeisters von Neapel trifft also formell nicht mehr Lauro persönlich, sondern dessen eben erst gewählten Nachfolger Sansanelli, ist aber naturgemäss gegen Lauro und seine ganze Partei gerichtet.

Man wird den drastischen Schritt, zu dem sich die Regierung jetzt entschlossen hat, nur zum Teil mit den tatsächlich skandalösen Zuständen erklären können, die sich nach den Ergebnissen einer vom Innenministerium angeordneten Untersuchung in der Verwaltung Neapels ergeben haben. Das plötzliche energische Durchgreifen gegen Lauro hat zweifellos vorwiegend politische Gründe und Hintergründe, und es ist bestimmt kein Zufall, dass es gerade jetzt, wenige Monate vor den Parlamentsneuwahlen, erfolgt ist. Die christlich-demokratische Führergruppe um Amintore Fanfani will offenbar den unbequem gewordenen Lauro durch die Enthüllung seiner Misswirtschaft in Neapel kompromittieren und damit Lauros Wahlchancen herabsetzen. Darüber hinaus aber scheint sich auch die Absicht Fanfanis anzukündigen, nach den Wahlen neuerlich eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu suchen. Für eine solche Koalition zwischen Democrazia Cristiana und Sozialdemokraten soll jetzt schon das Terrain dadurch vorbereitet werden, dass man einen Bruch mit Lauro provoziert, der nach dem ganzen Charakter des Reeder-Milliardärs kaum wieder gutzumachen sein dürfte, und der es Saragat und seinen Sozialdemokraten erleichtern soll, wieder in eine Koalitionsregierung, wie sie lange Jahre hindurch bestanden hat, zurückzukehren.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel